

# MDL-NEWSLETTER

5/2021

**BERND KRÜCKEL MDL**

Heinsberg, Geilenkirchen,  
Übach-Palenberg, Gangelt,  
Selkant, Waldfeucht

**THOMAS SCHNELLE MDL**

Erkelenz, Hückelhoven,  
Wassenberg und Wegberg



Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Bodo Löttgen, aufgrund der hochsommerlichen Temperaturen auf einer Terrasse des Landtags.

# Umwelt WINDENERGIE-AUSBAU

## NRW gelingt mit Abstandsregeln die Quadratur des Kreises

Der Bauausschuss des Landtags hat Sachverständige zur gesetzlichen Grundlage für den künftigen Windenergie-Ausbau in Nordrhein-Westfalen angehört. Geregelt wird ein Mindestabstand neuer Windenergie-Anlagen von 1000 Metern zu Wohngebäuden in bestimmten Gebieten – auch im Außenbereich dort, wo eine entsprechende Satzung gilt (Außenbereichssatzung). So werden die Interessen der Wohnbevölkerung in NRW gestärkt. Gleichzeitig dürfen die Kommunen über ihre Bauleitplanung vom Mindestabstand abweichen, wenn es vor Ort einen Konsens für den stärkeren Windenergie-Ausbau gibt. Im Nachgang der Anhörung erklärt unser baupolitischer Sprecher Fabian Schruppf:

„Die Experten kommen mehrheitlich zum Ergebnis, dass der Gesetzentwurf die Ausbauziele fördern und zu einer erheblichen Verbesserung der Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie in der Bevölkerung führen wird. Wir schaffen Rechtssicherheit für alle Beteiligten, wo neue Windenergie-Anlagen entstehen können und wo die Interessen der Anwohner einem Ausbau entgegenstehen. So sorgen wir für einen Ausgleich zwischen Investoren und der Bevölkerung. Der Geltungsbereich einer Außenbereichssatzung außerhalb zusammenhängender Wohnbebauung ist da eine transparente, eingeübte und sinnvolle Größe. Das zeigt: NRW gelingt mit den Abstandsregeln die Quadratur des Kreises.

Vor allem soll die Entscheidung für oder gegen einen Ausbau der Windkraft dort fallen, wo sie die Menschen betrifft. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen den Gestaltungsspielraum, den der Gesetzentwurf den Kommunen einräumt. Ein Windkraft-Ausbau im Einklang mit den Menschen bringt die Energiewende effektiver voran als die von den Grünen favorisierte Holzhammer-Methode, bei der Bauvorhaben für neue Anlagen doch nur in langwierigem Zwist vor Gericht hängen bleiben. Damit sind die Weichen gestellt: NRW als bundesweiter Spitzenreiter im Windenergieausbau 2020 wird die installierte Leistung bis zum Jahr 2030 nochmal verdoppeln.“ ■



**Bernd Krückel MdL**  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 64  
F: 0211 884 33 19

E: [bernd.krueckel@landtag.nrw.de](mailto:bernd.krueckel@landtag.nrw.de)  
W: [bernd-krueckel.nrw](http://bernd-krueckel.nrw)



**Thomas Schnelle MdL**  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 80  
F: 0211 884 33 20

E: [thomas.schnelle@landtag.nrw.de](mailto:thomas.schnelle@landtag.nrw.de)  
W: [thomas-schnelle.nrw](http://thomas-schnelle.nrw)

### Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der fünften Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf [www.thomas-schnelle.nrw](http://www.thomas-schnelle.nrw) unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

# — G E S E T Z

# LANDESNATURSCHUTZ

## Mehr Artenvielfalt, weniger Bürokratie, sichere Flächen für Bauern

**D**ie NRW-Koalition von CDU und FDP hat das neue Landesnaturschutzgesetz ins Plenum des Landtags eingebracht. Dazu erklärt unsere umweltpolitische Sprecherin Bianca Winkelmann:

„Mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz wollen wir Artenvielfalt fördern, Bürokratie für die Kommunen abbauen und unsere Landwirtinnen und Landwirte vor einem weiteren Flächenverlust schützen.“

Für den Erhalt der Biodiversität müssen wir in unserem dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen

kreativ sein und jede mögliche Fläche nutzen. Das Land geht hier voran und sorgt für mehr insektenfreundliches Grün entlang der Landesstraßen, auch auf Lärmschutzanlagen. Mit unserem Gesetz empfehlen wir auch Städten und Gemeinden, mit ihren kommunalen Straßen so zu verfahren.

Großes Plus des neuen Gesetzes: Mit einem Kompensationsverzeichnis schaffen wir Transparenz, wer wo und wofür Ausgleich für einen Eingriff in die Natur schafft. Dieses Online-Kataster wird zentral vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Lanuv) geführt, gibt den Behörden

vor Ort einen Überblick und erleichtert ihnen den Vollzug. Bei solchen Kompensationsmaßnahmen müssen wir zudem neue Wege gehen und stärker auf Qualität statt auf Quantität setzen. Das stellen wir im Landesnaturschutzgesetz klar und schützen so unsere Landwirtschaft, die wichtig für unsere hochwertige Lebensmittelversorgung sowie für die Umwelt ist, vor einem weiteren Flächenverlust.“ ■

### Das Impfen geht voran

*Im Kreis Heinsberg haben 130.491 Personen ihre Erstimpfung erhalten, 77.404 bereits die Folgeimpfung. (Stand: 18.06.2021 Quelle: coronaimpfung.nrw)*

*Aktuelle Informationen zur Corona-Lage in NRW: [www.land.nrw/corona](http://www.land.nrw/corona)  
COVID-19 Impfdashboard: [impfdashboard.de](http://impfdashboard.de)  
Aktuelle Impfzahlen: [coronaimpfung.nrw](http://coronaimpfung.nrw)*



Foto: Christiane Lang

# CORONA-ENTWICKLUNG

## Epidemische Lage läuft aus Grundrechtseingriffe werden zurückgenommen

**D**amit die Landesregierung über wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Pandemie verfügen konnte, hat der Landtag seit April 2020 wiederholt die „epidemische Lage von landesweiter Tragweite für das Land Nordrhein-Westfalen“ festgestellt. Diese Ausnahmesituation lief am Freitag, den 18. Juni nach einer erneuten Verlängerung Ende April 2021 aus und wird nach Entscheidung der regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP nicht erneut verlängert. Dazu der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen und der FDP-Fraktionsvorsitzende Christof Rasche:

---

*Die epidemische Lage von landesweiter Tragweite wird zwar auslaufen können, aber die Pandemie ist noch nicht vorbei. Es gilt, weiter vorsichtig zu sein.*

---

Bodo Löttgen: „Die Disziplin der Menschen in den vergangenen Monaten, der große Impffortschritt und die umfangreichen Testungen haben das Infektionsgeschehen in Nordrhein-Westfalen erfolgreich und nachhaltig

zurückgedrängt. Diese Situation eröffnet neue Perspektiven. Schritt für Schritt können Grundrechtseingriffe zurückgenommen werden. Klar ist jedoch auch: Für Entwarnung ist es noch zu früh. Die epidemische Lage von landesweiter Tragweite wird zwar auslaufen können, aber die Pandemie ist noch nicht vorbei. Es gilt, weiter vorsichtig zu sein.“

Christof Rasche: „Eingriffe in die Grundrechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger müssen verhältnismäßig, zeitlich begrenzt und gut begründet sein. Die Entwicklung der Infektionszahlen entspannt sich. Deshalb ist es möglich, die pandemische Lage auslaufen zu lassen. Damit wer-

den die Grundrechtseingriffe zurückgefahren. Damit hält die NRW-Koalition Wort.“

Hintergrund: Mit dem Epidemiegesetz hatte die Landesregierung während der Corona-Pandemie Sonderrechte erhalten – zum Beispiel das auf Beschlagnahme von medizinischem Gerät. Voraussetzung ist eine „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“, die der Landtag regelmäßig neu feststellen musste. Da die Lage nun deutlich entspannter ist als noch vor zwei Monaten, soll sie nicht verlängert werden. Wenn es erforderlich ist, kann der Landtag die epidemische Lage von landesweiter Tragweite jederzeit wieder erklären. ■



Foto: Christiane Lang

# NEUSTART IM EHRENAMT

## Bis zu 5.000 Euro pro Verein - damit wir wieder zusammen feiern

Die NRW-Koalition von CDU und FDP möchte ehrenamtliche Strukturen stärken, die durch die Corona-Pandemie beschädigt wurden. Dafür wollen wir den Vereinen und Verbänden, die für das Miteinander in NRW wichtige Leistungen erbringen, finanziell unter die Arme greifen. Dazu erklärt Björn Franken, unser Beauftragter für das Ehrenamt:

„Viele ehrenamtlich geführten Vereine in Nordrhein-Westfalen finanzieren sich überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Einnahmen aus Veranstaltungen. Aber: In der Corona-Krise sind viele Mitglieder ausgetreten, Feste wurden nicht mehr gefeiert. Das hat Folgen für die Vereine, die mit großen Fragezeichen in die Zukunft blicken. Es hat aber auch Folgen für uns alle: Wir haben erlebt, wie leer sich ein 1. Mai ohne Maifeuer anfühlt, ein Sommer ohne Schützenfest, Kirmes oder Sportfest, ein 11.11. ohne Karneval und ein Advent ohne Weihnachtsmarkt - wir wollen das alles zurück. Wir brauchen einen Neustart miteinander.“

Diesen Neustart wollen wir als NRW-Koalition anschieben, indem wir unseren Ehrenamtlern Planungssicherheit, Motivation und eine Grundlage bieten.

Für eingetragene Vereine schaffen wir die Möglichkeit, eine einmalige finanzielle Unterstützung von maximal 5000 Euro zu erhalten, um ihre Veranstaltung corona-konform auf die Straße oder in den Saal zu bringen. So wollen wir an der Basis daran arbeiten, das Leben aus dem Lockdown zurück in die Normalität, in die Gemeinschaft, zu bringen.“

Thomas Schnelle führt dazu aus: „Wir haben ein Programm aufgelegt, mit dem wir alle Vereine in Nordrhein-Westfalen unterstützen. Das gilt besonders für Veranstaltungen, die im nächsten halben Jahr stattfinden. Damit wol-

len wir die Aktiven von der Couch wieder zurück in die Vereine bringen.“

Bernd Krückel ergänzt: „Die Corona-Pandemie hat auch die ehrenamtlich engagierten Mitglieder in den Vereinen zur Untätigkeit gezwungen. Wir wollen mit dem Programm Anreiz und Unterstützung geben, wieder in die gewohnte Tätigkeit zurückzukehren, die ehrenamtliche Arbeit wieder voller Elan und Engagement aufzunehmen. Das hilft uns dabei, als Gesellschaft wieder zurück ins Miteinander zu kommen. Wir lassen Ihnen nähere Informationen zukommen, sobald uns die Förderbedingungen vorliegen.“ ■



Foto: Markus Schwarze

# FAHRRADLAND

## 1. Lesung des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes

**D**ie erste Lesung zum Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz hat im Landtag Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Klaus Vossemer:

„Das erste Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz in einem deutschen Flächenland nimmt Fahrt auf. Dieses Gesetz hebt das Fahrrad als Verkehrsmittel auf eine neue Stufe. Fahrradfahren bedeutet Freiheit, Flexibilität und Lebensqualität und steht für klimafreundliche und moderne Mobilität – und wir haben das ehrgeizige Ziel, einen Anstieg des Radverkehrsanteils auf 25 Prozent zu erreichen. Damit gehen wir noch einen ganzen Schritt weiter als andere grün-mitregierte Bundesländer.“

Bernd Krückel äußert sich mit Blick auf den Kreis Heinsberg:

„Sowohl für Pendler als auch für Freizeitfahrer sind gut ausgebaute Radwege unerlässlich. An der Stelle packt das Gesetz an, indem es erstmalig einen Bedarfsplan für die Rad-

infrastruktur vorsieht, so wie es ihn schon für Straßen und Wasserwege gibt. Damit können Planungen schneller angestoßen und die Mittel für eine rasche Umsetzung bereitgestellt werden.

Gleichzeitig ist der Sicherheit in dem Gesetz ein hoher Stellenwert eingeräumt. Landeseigene Fahrzeuge mit einem Gewicht über 3,5 Tonnen sollen mit einem Abbiegeassistenten ausgestattet werden, denn gerade durch den toten Winkel beim Abbiegen entstehen viele Unfälle.“

Sein Landtagskollege Thomas Schnelle ergänzt mit Blick auf die Kommunen:

„Die Kommunen vor Ort sind wichtige Partner, wenn es darum geht, unsere Städte und Gemeinden fahrradfreundlich zu gestalten – mit dem Gesetz stehen wir bei der Umsetzung an ihrer Seite.

Neben der weiterhin ambitionierten Fahrradpolitik nehmen wir mit dem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz auch den Fußverkehr und Elektro-Kleinstfahrzeuge wie Pedelecs in den Blick und wollen die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel vorantreiben auf dem Weg zu einer besseren, sauberen und sicheren Mobilität.“ ■



# MOBILITÄT

## Geld und Personal für den Datenraum Mobilität

„Nachhaltig, digital, vernetzt – Mobilität der Zukunft in Nordrhein-Westfalen“ – so ist der Antrag der NRW-Koalition überschrieben, der jetzt im Landtag beschlossen wurde. CDU und FDP geben mit dieser Initiative wichtige Impulse für mehr Digitalisierung, Innovationskraft und Nachhaltigkeit. Thomas Schnelle und Bernd Krückel dazu:

„Das Mobilitätsverhalten der Menschen in NRW wird sich in der Zukunft rapide ändern, und unsere Infrastruktur muss mithalten. Die Mobilität der Zukunft ist innovativ, vernetzt und nachhaltig. Dafür stellen wir als NRW-Koalition die Weichen.

Intelligenter Brain Train, Flugtaxi, automatisierte Beladung von Schiffen, miteinander kommunizierende Verkehrswege, selbstfahrende Autos – all das ist für uns keine Zukunftsmusik, sondern wird ernsthaft erforscht oder schon erprobt. Wir haben in unserem Land ein gutes Netzwerk aus Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen. Unser politisches Ziel ist, diese Innovationen auch auf die Straße zu bringen.



Foto: Marcel Schlegelmich

Maßgebend für intelligente und vernetzte Mobilität ist der Ausbau des Datenraumes Mobilität, an den wir nordrhein-westfälische Systeme anschließen müssen. Mit dem Bundesprojekt werden Echtzeitdaten aus Nahverkehr und Sharing-Anbietern kombiniert, so dass Nutzerinnen und Nutzer ihre Fortbewegung effizient, über die Verkehrssysteme hinweg und flexibel planen. Für die Teilnahme an diesem Zukunftsprojekt brauchen wir in NRW nicht nur zusätzliche finanzielle Mittel, sondern auch weitere personelle Ressourcen.

Wir schaffen in Nordrhein-Westfalen ein politisches Klima, in dem Ideen für moderne Mobilitätskonzepte gedeihen können.

---

*Und wir brauchen Mut,  
um aus Ideen reale  
Angebote zu machen,  
die unser Land und die  
Menschen im wahrsten Sinne  
des Wortes voranbringen.“*

---

# BODYCAM-EINSATZ

## Wir schützen unsere Ordnungsdienste

**D**er Landtag entschied über eine Änderung des Ordnungsbehördengesetzes NRW. Mit dem Entwurf setzt die Landesregierung eine zentrale Forderung der NRW-Koalition um: Den Städten und Kommunen in Nordrhein-Westfalen steht damit eine rechtliche Grundlage zur Verfügung, um Bodycams für ihre kommunalen Vollzugskräfte und Kameras in Streifenwagen der Ordnungsbehörden einsetzen zu können. Diese Kameras dienen zur Beweissicherung, insbesondere die Bodycams wirken zudem abschreckend und deeskalierend. Dazu erklärt unser innenpolitischer Sprecher Christos Katzidis:

„Das ist ein Meilenstein für die Stärkung der kommunalen Sicherheitsverantwortung und vor allem für die Sicherheit unserer kommunalen Vollzugskräfte. Es ist unsere Pflicht, diejenigen zu schützen, die uns schützen – und das tun neben der Polizei, die bereits Bodycams hat, unsere Ordnungsdienste. Die Kommunen sind neben der Polizei eine unverzichtbare Säule der Ordnungs- und Sicherheitspolitik in Nordrhein-Westfalen, da sie vorrangig für die Gefahrenabwehr zuständig und verantwortlich sind.

Besonders in der Corona-Krise sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsämter zuneh-

mend Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Die Diskussion um mehr Rückendeckung für die kommunalen Vollzugskräfte haben wir im Landtag deutlich früher gestartet und einen Antrag eingebracht, mit dem wir neben Verbesserungen in der Aus- und Fortbildung auch die rechtliche Grundlage für einen Bodycam-Einsatz gefordert haben. Mit der Gesetzesänderung bekommen die Städte und Gemeinden einen erweiterten rechtlichen Handlungsrahmen und können selber nach Gefährdungslage ihrer Vollzugskräfte vor Ort entscheiden, ob sie Bodycams und Kameras für die Streifenwagen anschaffen oder nicht.“ ■

## Überstunden werden nicht verfallen

**D**er Landtag von Nordrhein-Westfalen hat über einen Eilantrag der SPD debattiert, den es nicht gebraucht hätte. Denn die Behauptung der SPD, dass Mehrarbeitsstunden im Öffentlichen Dienst zu verfallen drohen, ist schlichtweg falsch, erläutert der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Unterausschuss Personal, Jörg Blöming:

„Dass NRW vergleichsweise gut durch diese Krise gekommen ist, verdanken wir auch unseren Beamtinnen und Beamten sowie

den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst: Dem Personal in den Gesundheitsämtern, den Ordnungsamtsmitarbeitern, bei der Polizei, den engagierten Kräften auf der kommunalen Ebene, um nur einige zu nennen. Nach Auffassung der SPD drohen hier Mehrarbeitsstunden durch Corona zu verfallen. Das ist schlichtweg falsch!

Die Ansprüche auf Freizeitausgleich und auf Vergütung von Mehrarbeitsstunden haben eine Verjährungsfrist von drei Jahren. Der Anspruch auf Freizeitaus-

gleich oder Vergütung von Mehrarbeit, der im vergangenen und in diesem Jahr entstanden ist, verjährt somit erst Ende 2023 oder Ende 2024 – und nicht am 30. Juni dieses Jahres, wie die Opposition fälschlicherweise behauptet. Dieser Eilantrag der SPD hat keinerlei Substanz und schafft lediglich Verunsicherung.

Die NRW-Koalition steht an der Seite des Öffentlichen Dienstes. Wir hören zu und finden gute Lösungen! Wir machen eine Politik für den Öffentlichen Dienst. ■

# FAHRVERBOTE VERHINDERT

## Diesen Erfolg haben wir erreicht, weil wir ihn wollten

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über die abgewendeten Fahrverbote in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Durch die Einigung mit der Deutschen Umwelthilfe wurde das drohende Dieselfahrverbot in der Landeshauptstadt Düsseldorf aus der Welt geschafft – das letzte von insgesamt 14 in NRW. Ein großer Erfolg für unser Land und die Menschen, sagten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rainer Deppe und der Düsseldorfer Abgeordnete Olaf Lehne, beide CDU.

**Rainer Deppe:** „Die 14 Luftreinhaltepläne von Rot-Grün waren wirkungslos und man hat sich lieber verklagen lassen, als etwas zu tun. Es war der Vorgängerregierung offenbar egal, wenn Millionen Dieselbesitzer selbst mit grüner Plakette nicht mehr in die Städte fahren dürfen. Armin Laschet hatte im Februar 2018 versprochen, alles für die Vermeidung von Fahrverboten zu tun – und was hat man sich bei SPD und Grünen über ihn lustig gemacht. Aber: Armin Laschet und Umweltministerin Ursula Heinen-Esser haben es geschafft.“

Den Erfolg haben wir erreicht, weil wir ihn wollten – mit den Kommunen, den Bezirksregierungen, den kommunalen Unternehmen, mit intelligenter Verkehrssteuerung,

sauberen Fahrzeuge, mehr Fahrradverkehr, dem Ausbau des Nahverkehrs. Das war harte Arbeit, nicht Gerede. Wir alle wollen saubere Luft. Aber das erreichen wir nicht allein mit Elektrofahrzeugen, die sich nicht jeder leisten kann. Wir verbessern den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Verkehrssektors nur, wenn wir die Kraftstoffe für die bestehenden Fahrzeuge sauber machen. Biogas, E-Fuels, Wasserstoff und Strom sind die Lösung. Saubere Luft, Klimaschutz und Mobilität für die Menschen und Wirtschaft in Einklang bringen – dass es geht, haben wir gezeigt.“

**Olaf Lehne:** „Das Beispiel Düsseldorf zeigt, wie fatal ein Dieselfahrverbot wäre. Die ansässigen Betriebe fühlen sich wegen der zentralen Lage und der Anbindung zum Flughafen sehr wohl. Die Betriebe können unmöglich alles mit dem Lastenfahrrad erledigen, Dieselfahrzeuge sind oft unverzichtbar. Blinder Aktionismus wie die Einführung von Umweltspuren durch den ehemaligen SPD-Oberbürgermeister haben nachweislich nicht zu weniger Umweltbelastung geführt. Jetzt hat Düsseldorf ein Maßnahmenpaket auf 25 Seiten mit einer Vielzahl von machbaren, vernünftigen Schritten, die Klima, Wirtschaft und Menschen nutzen – von abgasarmen Bussen über die Lade-

stromversorgung für Rheinschiffe bis zu einer Förderung von Lastenrädern. Das hilft – nicht eine neue Bevormundung.“

Dazu erklärte die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion **Bianca Winkelmann:** „14 von 14 drohenden Fahrverboten in NRW sind abgewendet. Das ist eine gute Nachricht für die Menschen in unserem Land, die auf Mobilität angewiesen sind – aber auch für jene, die in den Innenstädten leben, weil es ein Zeichen für die immer besser werdende Luft dort ist. Wir haben unser Versprechen, Fahrverbote zu verhindern, gehalten.“

Im Jahr 2019 haben wir gemeinsam mit der FDP einen Antrag eingebracht und die Landesregierung beauftragt, Luftreinhaltepläne weiter anzupassen, Infrastruktur staumindernd zu verändern und emissionsarme Antriebe weiter voranzubringen – alles mit dem Ziel, Stickoxide in den Citys zu senken. Die NRW-Landesregierung hat eine saubere Leistung abgeliefert: Erstmals wurden 2020 die Grenzwerte im ganzen Land eingehalten. Jetzt heißt es: durchatmen und weitermachen – der Erfolg wird uns Ansporn für die Zukunft sein.“ ■

# GEGEN ANTISEMITISMUS

## Waches Auge des Rechtsstaates – Hamas verbieten

Die NRW-Koalition will nach den jüngsten Vorfällen stärker und gezielt gegen Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen vorgehen. CDU und FDP haben dazu einen Antrag ins Plenum eingebracht.

Ziel ist es, den Blick der NRW-Sicherheitsbehörden für die Entwicklung zu schärfen. Wir wollen aber auch auf Bundesebene erreichen, dass der Aufruf zu Hass ein Einbürgerungshindernis wird. Zudem soll die Landesregierung sich für ein Verbot der Hamas in Deutschland einsetzen. Unsere rechtspolitische Sprecherin Angela Erwin erklärt:

„Wir erleben in diesen Tagen, wie viele Facetten der moderne Antisemitismus hat. Er ist zu finden, bei Rechts- und Linksextremisten, bei Migranten, Querdenkern – aber eben auch in der Mitte unserer Gesellschaft. Die Pandemie war leider auch noch Nährboden für diesen irrationalen Hass.

Aber wir wollen ein klares Zeichen setzen: Hass gegen Jüdinnen und Juden wird in Nordrhein-Westfalen in keiner Form toleriert, sondern konsequent verfolgt und bestraft.



Um die besorgniserregende Entwicklung des Antisemitismus im Blick zu behalten, braucht der Rechtsstaat ein waches Auge. Deshalb brauchen wir einen Schwerpunkt in der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Diensts, insbesondere Polizei und Justiz.

Wir müssen die extremistische Szene speziell in Bezug auf antisemitische Bestrebungen und Vernetzungen beobachten. Und wir brauchen mehr Erkenntnisse über antisemitische Vorfälle, die sich außerhalb der Strafbarkeit bewegen.

Wer in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen leben und Teil unserer vielfältigen Gesellschaft sein möchte, der darf nicht zu Hass gegen andere Teile dieser Gesellschaft aufrufen.

Deshalb fordern wir eine Reform des Einbürgerungsrechts: Wer Hass gegen jüdisches Leben schürt, kann nicht Angehöriger unseres Staates werden. Mit Nachdruck setzen wir uns dafür ein, dass die terroristische Organisation der Hamas in Deutschland verboten wird.“ ■